

## **Fachleute warnen vor längerer Altersteilzeit**

### **SPD und Linkspartei wollen staatliche Förderung fortführen**

rike. BERLIN, 1. März. Die Mehrheit der Arbeitsmarktfachleute warnt vor einer Verlängerung der staatlich geförderten Altersteilzeit. Das geht aus Stellungnahmen zu zwei Gesetzentwürfen von SPD und Linkspartei hervor, mit denen sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales am Montag beschäftigte. Hintergrund der Expertenanhörung war, dass die Bundesagentur für Arbeit nur noch Altersteilzeitfälle fördert, die bis Ende 2009 begonnen haben. Die Förderung sieht so aus, dass die Behörde die Gehälter der Arbeitnehmer in Altersteilzeit bis zu sechs Jahre lang auf bis zu 70 Prozent des Vollzeitgehalts aufgestockt hat - wenn die frei werdende Stelle durch einen Auszubildenden oder Arbeitslosen besetzt wird.

Diese Regelung, die 2008 mehr als 1,3 Milliarden Euro gekostet hat, ist nun ausgelaufen. (...)

Der Gesetzentwurf der Linkspartei sieht vor, die alte Altersteilzeit unbegrenzt zu verlängern. Die SPD will hingegen bis zum Jahr 2014 eine veränderte Altersteilzeit durchsetzen: Betriebe sollen die Förderung durch die Bundesagentur nur bekommen, wenn sie einen Auszubildenden einstellen, keinen Arbeitslosen. (...) Rund 90 Prozent der geförderten Arbeitnehmer entschieden sich für Altersteilzeit im Blockmodell, heißt es von der Behörde. Während der ersten Hälfte ihrer Altersteilzeit arbeiten sie voll, aber verdienen weniger. In der zweiten Hälfte bleiben sie dann zu Hause, bekommen aber weiter ihr vermindertes Gehalt. "Damit hat sich die Altersteilzeit faktisch zu einem Instrument der Frühverrentung entwickelt", teilt die Agentur mit.

(...) Axel Börsch-Supan vom Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel hält das Instrument auch als Brücke für junge und erwerbslose Menschen für untauglich. Ein früherer Renteneintritt Älterer sei nicht mit einer niedrigeren Arbeitslosigkeit Jüngerer korreliert, sondern das Gegenteil sei der Fall. (...)

*Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 03. März 2010.*